

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe

Von Prof. Dr. phil. E. Herlitzius, Institut für Philosophie

Der Grundwiderspruch des staatsmonopolistischen Kapitalismus zwischen zunehmend gesellschaftlicher Produktion und monopolkapitalistischer Aneignung verschärft sich in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Die Entwicklung der Wissenschaft verlangt im Rahmen der Gesamtentwicklung der Produktivkräfte mit objektiver Gesetzmäßigkeit nach Planung, Lenkung und Leitung im nationalen und internationalen Maßstab. Zwingender denn je drängt die Entwicklung der Produktivkräfte unter unmittelbarem Einfluß der Wissenschaft nach sozialistischen Produktionsverhältnissen.

Diesem unaufhaltsamen Drang setzt die Monopolbourgeoisie die bewußte staatsmonopolistische Regulierung entgegen, um diesen Grundwiderspruch aufzufangen und zu verdecken. Die gesamte Forschung und Lehre soll fest in das System uneingeschränkter staatsmonopolistischer Regulierung gezwängt werden. Die Monopolbourgeoisie ist bereit, ihren hochorganisierten umfangreichen Lenkungsapparat gegen den bürgerlichen Parlamentarismus durchzusetzen. Beim Griff nach der Gesamtheit der Wissenschaft und nach deren Institutionen wird sie nicht vor der traditionellen „Autonomie“ der Hochschulen und den Prinzipien äußerlicher gewählter „akademischer Freiheit“ zurückweichen. Dies um so weniger, da die als Produktivkraft auszunutzende Wissenschaft sich nicht auf den Bereich mathematisch-naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen beschränkt.

Die dritte Folge unserer Artikelserie beschäftigt sich mit der Rolle von Ideologie und Wissenschaftstheorie im westdeutschen Universitätswesen. (* Siehe Anm. d. Red.) Mit dem Beitrag zur westdeutschen Bildungskonzeption setzen wir heute die Serie „Akademische Freiheiten im Würgegriff der Monopole“ fort.

Fragen wir zunächst: Was soll dem Fragenkomplex der Bildungskonzeption zugeordnet werden? Als erste offenbar schon alles, was bisher über die politisch-ideologische Orientierung der gesamten akademischen Erziehung gesagt wurde, das politisch-ideologische Programm.

Zweitens alle organisatorisch-strukturellen Belange und Fragen der Rationalisierung des Studiums, die sich aus dem Gesamtprogramm der Industrie- und Finanzmonopole ergeben.

Drittens die von den Wissenschaftlern, Studentenverbänden, Parteien und Gewerkschaften kommenden Anregungen, Maßnahmen und Gegenmaßnahmen, einschließlich ihrer Bewertung.

Unter den Bedingungen der technischen Revolution verlangt die Umstellung auf moderne Forschung und Lehre die Reform des Berufswesens, eine Erneuerung des Lehrkörpers und

der traditionellen Universitätsstruktur sowie eine Vereinheitlichung des gesamten Bildungswesens und des verkürzten Studienganges nach objektiven Erfordernissen. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie hat sich die in unseren „Prinzipien zur weiteren Entwicklung in Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“ niedergelegten Neuerungen – soweit sie auch dem Profitinteresse dienlich sein können – inzwischen zu eigen gemacht. Endlich wird sogar von den Monopolen die Beseitigung des alten dreistufigen Schulsystems verlangt (23), das als reaktionäres Hindernis gegen Volks- und Mittelschüler gerichtet war und dann gedient hat, das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse zu festigen. Nur die DDR gab bisher in Deutschland das praktische Beispiel dafür, wie das Bildungsprivileg konsequent beseitigt werden kann. Wir bauen das Neue zugleich mit ob-

jektiven Kriterien für die Auswahl sinnvoll verwertbarer Tradition.

In Westdeutschland dagegen belastet die Monopolbourgeoisie alle Erneuerung von vornherein mit dem Makel ihres Anarchismus. Universitäts-Neugründungen und Teilreformen sollen gar nicht in erster Linie den objektiven veränderten Bildungs- und Erziehungsbedürfnissen entsprechen. Sie sollen vor allem dazu beitragen, die konservativen und die oppositionellen Elemente im Prozeß der Unterwerfung der akademischen Lehr- und Forschungsstätten unter die Macht und den direkten Einfluß der Monopole zu helfen.

Selbst die Propaganda für ein erweitertes Arbeiter- und Bauernstudium und entsprechende Stipendien sind unter staatsmonopolistischer Herrschaft zunächst ein Mittel großangelegter Deklassierung im Interesse der Monopole. Die gestufte Neugliederung des Studiums unter Nachahmung unserer „Prinzipien“ (Grundstudium, Vertiefungsstudium, Kontakt- oder Erweiterungsstudium) steht bevor. Einwänden gegen die „Verschulung“ des Studiums wird den Industrieerfordernissen entsprechend begegnet. Im Interesse der Monopole wird ein enger Kontakt der Industrie vor allem mit der Grundlagenforschung der Universitäten und Hochschulen angestrebt. Die Hochschulen sollen umfassende Informationen über alle Weltereignisse auf wissenschaftlich-technischem Gebiet liefern. Der Einfluß der kapitalistischen Großindustrie auf die Personalpolitik und das Berufswesen der Hochschulen sollen durch Mitarbeiterverträge ausgebaut werden. Wissenschaftler aus der Industrie sollen für die Altersspanne ihrer höchsten Leistungsfähigkeit an den Hochschulen tätig sein. Die wissenschaftliche „Freiwilligkeit“ soll den Aufgabebereichen der Monopole angepaßt werden, wobei das enge Zusammenwirken aller Grundlagendisziplinen un-

tereinander und die Verbindung der Anwendungstechnik mit den Grundlagen diesem Interesse am besten entspricht. Es soll Platz für Fortbildungskurse von Praktikern an den Hochschulen geschaffen werden. Die Zahl der promovierten Naturwissenschaftler für die Industrieforschung soll wesentlich ansteigen.

Daß sich derartige Reformsprogramme zwangsläufig auch auf das Medizinstudium, auf die Anerkennung pädagogischer Hochschulen und auf die Rolle des Ingenieur-Fachschulstudiums beziehen, besuchen wir nur am Rande zu erwähnen. Um diese Pläne zu verwirklichen, ist beabsichtigt, die konservative Ministerialbürokratie aususchalten, wo immer sie dem direkten Zugriff der Monopole Hemmnisse in den Weg legen könnte. (Die Bürokratie wird aber sicher dort belassen oder ausgebaut, wo sie als Mittel der Anonymität, der Tarnung, als Helfer oder auch als Prügelknabe gebraucht wird.)

Hierbei sollen, wie Stoltenberg unverhohlen angekündigt hat, – auch verfassungsrechtliche Normen außer Kraft gesetzt werden, sofern sie als „Barrieren“ wirken und „überregionalen“ Erfordernissen hinderlich sind. Damit soll möglichst keinerlei Lücke in der Vorchachtstellung des zentralisierten politischen Machtapparates der „Wirtschaftsunternehmen“ gegenüber allen entscheidenden Institutionen der Produktivkraft Wissenschaft gelassen werden.

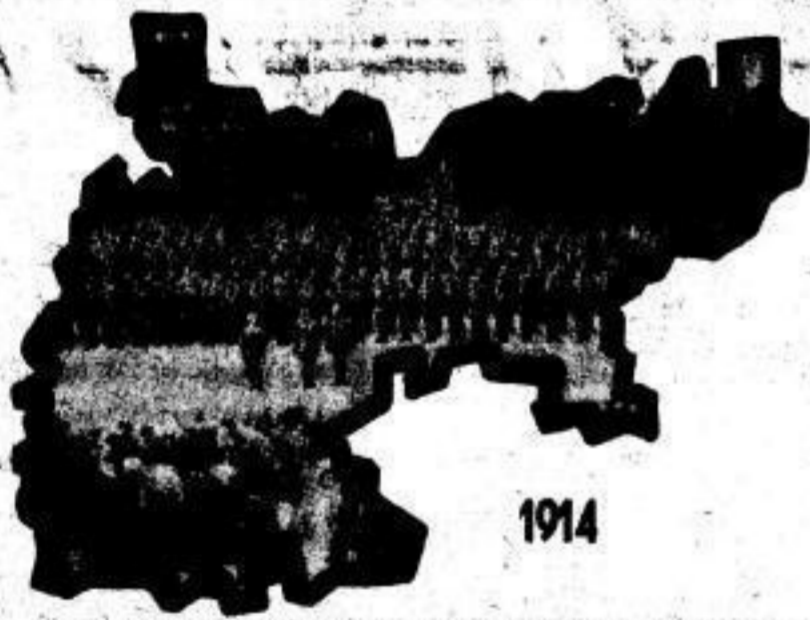
Der am 17. März 1966 nach längerer

Verzögerung konstituierte (westdeutsche) Bildungsrat tagte hinter verschlossenen Türen und erlegte seinen Mitgliedern Schweigepflicht auf, da seine Ergebnisse voraussichtlich nach ersten Erkundungsvorstößen mit dem Reformprogramm Schäfers in Hessen und nach dem angekündigten Widerstand der vier hessischen Universitäten eine Orientierungsdiskussion vor allem seitens der Gewerkschaften scheuen müssen. Dazu liegt auch aller Grund vor, wenn man sieht, daß sich die 18 Mitglieder umfassende Bildungskommission nicht aus den geeigneten Kräften zusammensetzt. Es fehlen Vertreter der Grundschule, die ein entscheidendes Wort für die demokratischen Grundbedingungen des Schulwesens einzulegen hätten; außerdem wird selbst in der westdeutschen Presse das Fehlen profiliertester Naturwissenschaftler kritisch vermerkt. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ ist von dieser Kommission als von einer „Ständevertretung“ die Rede, bei welcher offenbar Politik, Wirtschaft und Kirche die Zuständigkeiten festgelegt (24).

Ganz offensichtlich stehen die von der Bonner Regierung eingeleiteten Maßnahmen unter Zeitdruck. Zwar gibt es dafür eine ganze Reihe innenpolitischer Erklärungen. Jedoch hat die von der DDR ausgegangene Initiative so weitreichende nationale und internationale Bedeutung, daß hierin wohl die eigentliche Erklärung des überraschenden Tempes der in Westdeutschland eingeleiteten Maßnahmen gesucht werden muß.

Tatsächlich geht es darum, den Lehr- und die Möglichkeiten der klassenpolitischen Manipulation der Studenten mit den Erwartungen der monopolistischen Industrie und Finanz und mit den Plänen der Bundeswehrführung in Übereinstimmung zu bringen. Die zu diesem Zweck vorgegebenen Positionen wurden auf dem „Wirtschaftstag“ des westdeutschen CDU/CSU 1965 in 99 Thesen formuliert (25).

Für die – mittlerweile in das Regierungsprogramm des westdeutschen Bundeskanzlers eingegangene – Bildungspolitik wird gefordert, der ökonomischen Bedeutung des Bildungswesens Rechnung zu tragen, eine gewisse Durchlässigkeit des aus sozialen Prestige Gründen bisher sehr beschränkten Zuganges zur höheren Schulbildung und Hochschulbildung künftig auch für Arbeiter- und Bauernkinder zu gewähren, die vor allem auf Berufsbedürfnisse orientierte Bildungsplanung durch das Organ des „Bildungsrates“ in das Gesamtsystem staatsmonopolistischer Regulierung einzufügen und die erforderliche politisch-ideologische Unterstützung von den hierzu geeigneten Lehrkräften zu erlangen. Es komme vor allem darauf an, der geringen Anerkennung des freien Unternehmertums in der Bevölkerung entgegenzuwirken; Erzieher, Geistliche, Publizisten, die in Politik, Rechtsprechung und Verwaltung Verantwortlichen hätten das gewünschte positive „Bild“ von der Aufgabe des Unternehmers in der modernen Industriegesellschaft durch Formeln (Fortsetzung auf Seite 4)



1914

Deutschland 1914: Der einheitliche Staat, beherrscht von Militaristen und Kanonikern, entfesselt den ersten Weltkrieg, um neue Kolonien und Absatzmärkte zu gewinnen. Resultat: fast 10 Millionen Tote.

Deutschland 1937: Der einheitliche Staat, beherrscht von Faschisten, Militaristen und Schwerindustriellen, fordert Revanche. Zwei Jahre später entweicht er den zweiten Weltkrieg, um die Weltbeherrschung zu erlangen. Resultat: über 30 Millionen Tote.

Deutschland heute: Wieder fordert ein deutscher Staat die Grenzen von 1937, die DDR hingegen erklärt, daß nie mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgehen darf!

Wir erklären offen: Stein solches einheitlichen, aber aggressiven und kriegslüsterigen deutschen Staat, in dem die

Monopolherren und die Militaristen die Macht ausüben, wird es niemals wieder geben.

Es wird ihn nicht geben, weil das Volk der DDR, das sich einen modernen Friedensstaat aufgebaut hat, ihn nicht will.

Es wird ihn nicht geben, weil auch ein wachsender Teil der Bevölkerung Westdeutschlands ihn nicht will.

Es wird ihn auch deshalb nicht geben, weil die fortschrittlichen Staaten und die Völker Europas, insbesondere das Sowjetvolk, und selbst einflußreiche Kreise in den meisten imperialistischen Ländern ihn nicht wollen.

Wir bereiten uns darauf vor, daß die Deutsche Konföderation Wirklichkeit wird und daß aus der Zusammenarbeit und dem Zusammenfinden der Deutschen im Rahmen einer Konföderation eines Tages ein neues einiges Vaterland erwächst. (BWS/ÜZ)



1937

Bonner revanchistische Politik treibt zum Krieg

Belegschaft zu Problemen nationaler Politik

Zum nationalen Dialog über das Kollegium Meister Manfred Krause eine Stellungnahme, in der es heißt:

„Was für ein Deutschland soll der künftige einheitliche deutsche Staat sein? Wer soll darin die Macht ausüben und in wessen Interesse?“

In dieser Kernfrage hat die Sozialdemokratische Partei Westdeutschlands in dem begonnenen Dialog zwischen unseren Parteien bis heute noch keine klare Antwort gegeben.

Die Meister der Fakultät für Elektrotechnik verurteilen deshalb die Haltung jener SPD-Führer, die den von der Bonner CDU/CSU vertretenen revanchistischen Alleinvertretungsanspruch unterstützen.

Wir sind der Auffassung, daß der Frieden in Europa und in der Welt nur gesichert werden kann, wenn die vom ZK der SED gestellten Grundfragen in gemeinsamen Aussprachen geklärt werden; denn davon hängt es mit ab, wer in dem zukünftigen Deutschland die Macht ausüben soll.

Die Gegenüberstellung der geschichtlichen Ergebnisse zeigt die unheilvolle Politik der Monopole und Militaristen in den letzten 50 Jahren, die Ge-

fahr eines dritten Weltkrieges zu bannen, hat das ZK der SED sich in Offenen Briefen und auch mit dem Offenen Wort an die stärkste Arbeiterpartei Westdeutschlands, die SPD gewandt, um über den einzig möglichen Weg zu einem friedlichen Deutschland zu diskutieren...“

„Wir sind der Auffassung, daß nur die einheitlich handelnde Arbeiterklasse die Kraft sein kann, eine Politik im Interesse des Volkes zu vertreten und zu gestalten.“

Ein ernstes Hindernis für den nationalen Dialog, den wir weiterführen werden, bildet die westdeutsche Strafgesetzgebung.

Wir Meister fordern die sofortige Beseitigung dieser differenzierenden „Handschellen-Gesetze“, damit der Dialog zwischen der SPD und SED und den Gewerkschaften sich entwickeln kann. Wir meinen, daß wir in unserem Staat selbst bestimmen können, was den Interessen unseres Volkes dient.“

Vom Meisterkollektiv der Fakultät Elektrotechnik unterschrieben diese Erklärung

Kollege Krause (Vorsitzender), Kollege Wauer (Elektrische Maschinen und Antriebe), Kollege Kuska (Allgemeine E-Technik), die Meister Wagner und Kompas (Hochspannungstechnik), Kollege Gräfe (Fernmeldetechnik), Dippmann (Regelungstechnik), Schmieder (Elektro- und Bauakustik) sowie von der Hochfrequenztechnik die Kollegen Bröning, Miksch und Pohlhaus.

41. Kolleginnen und Kollegen der Tharandter Fakultät (Objekt Weißiger Höhe) verurteilen in persönlichen Aussprachen das sogenannte Gesetz über „befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“, das am 23. Juni 1966 vom Bonner Bundestag angenommen wurde und wieson diese unverschämte völkerrechtswidrige Alleinvertretungsmaßnahme, der bedauerlicherweise auch die SPD-Fraktion zugestimmt hat, energisch zurück. Alle waren sich einig, daß unter den Bedingungen einer aggressiven Politik der westdeutschen Regierung die unverlässige Sicherung der Staatsgrenzen zur Bundesrepublik und zu Westberlin hin zum Schutze unserer sozialistischen Errungenschaften unbedingt notwendig ist. Plunert

Schluß mit Maulkorbpolitik!

Wer am 2. Juni aufmerksam das „Neue Deutschland“ gelesen hat, wird mit Entrüstung die Nachricht der „Süddeutschen Zeitung“ aufgenommen haben, nach der der westdeutsche Bundeskanzler in nachgerade beleidigender Form gerade diejenigen Intellektuellen beschimpft hat (andere kann man die dortigen Zitate nicht bescheiden), die während ihrer Stimme gegen eine Politik der Unvernunft erhoben.

Immer wieder treten Wissenschaftler auf Grund ihrer tiefen Einsicht in die naturwissenschaftlich-technischen Zusammenhänge oder die gefährlichen gesellschaftlichen Auswirkungen vor die Öffentlichkeit um den Schleier der Unwissenheit beiseite zu schieben und die Wahrheit zu sagen, die die Menschen von ihrem Zweifel befreien oder aber vor den Gefahren warnen soll. Gewiß haben zu allen Zeiten Terror und Gewalt dagegen gestanden – denken wir nur an Galilei oder Einstein – besiegt aber wurde die Wahrheit nie.

Warum also werden heute Wissenschaftler in Westdeutschland beschimpft? Fürchtet man sich vor der Wahrheit? Fürchtet man sich vor der Vernunft, die hoffentlich recht bald die Atomwaffen vernichten, die wahnwitzige Aufrüstung aufheben und allen Menschen dieser Erde endlich den lang ersehnten Frieden bringen wird? Fürchtet man sich in diesem speziellen Falle vor dem Gespräch zwischen den beiden größten deutschen Parteien, der SED und der SPD, das ein Beitrag zu dem oben angedeuteten Ziel sein kann und auf das alle Menschen (nicht nur wir Deutschen) voller Hoffnung und Zuversicht blicken?

Ich möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die westdeutschen Wissenschaftler auch in diesen Fragen in ausnehmendem Maße gehört und die Entscheidungen der Politiker durch Einsicht und Vernunft bestimmt werden. Dr. Günter Eump, Lehrstuhl für Technische Mechanik und Baudynamik